

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Seitensprecher Nr. 58.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. • Als Beilage das St. Martinusblatt. • Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. • Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. • Reichsbank-Giro-Konto. • Postfach-Konto 3331 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftreuesten Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 38

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Mittwoch, 16. Februar 1921. (Juliana)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Berlin, 16. Febr. Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Antwort der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage beschäftigt. Danach erkennt Bayern an, daß die Verantwortung und Zuständigkeit in dieser Frage beim Reich liegt, und daß es Sache der Reichsregierung ist, nach Maßgabe der Gesetze das Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, 15. Febr. Nachdem die Reichsbankfalschgeldstelle seit über einem Jahre nahezu 200 Personen festgenommen ließ, die falsche Fünfmarscheine wissentlich in Verkehr brachten, gelang es jetzt, in dem geständigen Steindruckereibesitzer Fuchs den Hauptverfälscher der falschen braunen Fünfmarschnoten vom 24. Juni 1919 zu verhaften. Außer Fuchs wurden 14 Personen als Mitverfälscher eingekerkert.

Berlin, 16. Febr. Die Reichsregierung besitzt bereits alle Vollmachten zur Durchführung der Entwaffnung. Vom Reichsministerium des Innern wird lediglich eine Verlängerung der Entwaffnungsfrist bis 30. Juni vorgeschlagen.

Berlin, 16. Febr. Aus Breslau wird gemeldet, daß der deutsche Riesenkanonen Imperator der Gumbold-Werke ausgeliefert wurde.

Dresden, 16. Febr. In Sachsen steht ein Ausstand der Transportarbeiter bevor.

Stettin, 16. Febr. Die Entente-Kommission macht bekannt, daß deutsche Handelschiffe ohne Erlaubnis von den Kriegsschiffen der Entente aufgegriffen werden.

Stockholm, 16. Febr. Der König beauftragte den Ministerpräsidenten A. D. Branting, die neue Regierung zu bilden.

Warschau, 16. Febr. Die Times meldet aus Warschau, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien am 22. März stattfinden wird, für die in Oberschlesien nicht anwesenden Stimmberechtigten 14 Tage später. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beträgt 1.150.000, wovon 140.000 außerhalb Oberschlesiens anwesend sind.

Moskau, 16. Febr. Dagens Nyheter meldet aus Helsinki: Der Vertreter Finnlands in Moskau teilt mit, daß die russische Forderung die Reise nach Finnland aufgeschoben hat, weil Finnland nur die diplomatischen Vertreter, nicht aber die Mitglieder der Handelsabordnung von den Quarantänebestimmungen befreit. Die Räteregierung droht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Washington, 16. Febr. Nach erregter Verhandlung wurde im amerikanischen Abgeordnetenhaus ein Antrag Brooks, daß von den für den Flottenbau im Jahre 1921 bewilligten 90 Millionen Dollar nichts ausgegeben werden soll, bevor Präsident Wilson eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen habe, mit 142 gegen 30 Stimmen verworfen.

Tokio, 16. Febr. Offiziell verkündet man in Tokio die Verlobung des Thronfolgers mit der Tochter des Generals Kuni.

Die Bekämpfung des Giftminderungs.

Berlin, 15. Febr. In der Sitzung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates am 10. Februar fand ein Antrag zur Beratung, der sich mit der Bekämpfung des Giftminderungs beschäftigt.

Die in § 20 des Einkommensteuergesetzes grundsätzlich richtig festgelegte Steuerfreiheit des Giftminderungs ist bedauerlicherweise durch § 30 des Landessteuergesetzes, von dem zahlreiche Gemeinden in ihrer finanziellen Notlage Gebrauch gemacht haben, praktisch aufgehoben. Die kommunalen Steuerordnungen enthalten diese Beträge nach den verschiedensten Grundformen. Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates erhebt gegen diese Art der Gesetzgebung, die eine Verletzung des Volksvertrages und das Vertrauen in die

Die Eisenbahn will teurer werden.

Gesetzgebung untergräbt, entschieden Widerspruch.

Wenn die Gemeinden auf die Einnahmen aus der Einkommensteuer nicht verzichten können, hält es der Ausschuss für unbedingt erforderlich, daß das Reich die Besteuerung selbst aus Gerechtigkeitsgründen nach einheitlichen Grundsätzen im Rahmen des Einkommensteuergesetzes regelt und das daraus erzielte Aufkommen den Gemeinden restlos zur Verfügung stellt.

Der Ausschuss erhebt den Antrag einstimmig zum Beschluß:

Ein zweiter Antrag, der Steuerfreiheit für alle besonderen Entlohnungen aus Lieberstunden und Lieberdiensten vorschlägt, wurde abgelehnt, weil man ihn für praktisch und sozialpolitisch für bedenklich hält.

Die Altpensionäre des Heeres und der Marine.

Berlin, 16. Febr. Wie von amtlicher Seite erfahren können die den vom 1. April 1920 verabschiedeten Berufsangehörigen und Beamten des ehemaligen Heeres und der ehemaligen Marine mit Auswirkung vom 1. April 1920 an zustehenden höheren Pensionen, die den auch Kinder- und Leihrentenberechtigten gebühren, erst nach Bekanntwerden der Ausführgesetzgebungen zu dem genannten Gesetz endgültig berechnet werden. Da aber bis dahin noch einige Zeit vergehen wird, soll zunächst der vom 1. April 1920 an zustehende Mehrbetrag abschlägig berechnet und vorläufige angestrichen werden. Zu diesem Zweck sind Fragebogen hergestellt worden, die durch die Postanstalten ausgegeben werden. Die genannten Altpensionäre werden aufgefordert, zwei Fragebogen zu erhalten und damit genau nach der auf den Fragebogen stehenden Anweisung zu verfahren. Die Fragebogen werden von Mitte Februar an bei den Postanstalten bereitgestellt. Für ehemalige Offiziere des Heeres und der Marine, die nicht Berufsangehörige waren, sind die Fragebogen nicht erforderlich.

Kirche und Staat.

Braunschweig, 16. Febr. Infolge eines Beschlusses des Braunschweigischen Landtages, wodurch die Landes Synode als nicht zu Recht bestehend angesehen wird, trat heute die Landes Synode zu einer Sitzung zusammen, in der eine Entschließung gefaßt wurde, die die Landes Synode als zu Recht bestehend betrachtet und die von ihr erlassenen Entscheidungen als rechtmäßig anerkennen. Die Reichsregierung soll aufgefordert werden, das Reichsgericht als Staatsgerichtshof zur Entscheidung über die entgegenstehenden Ansichten des Bundes und der Landes Synode einzusetzen. Diese Entschließung wurde einstimmig gefaßt.

Der nächste Eucharistische Kongreß in Rom.

Rom, 15. Febr. Die Eucharistische Kongresse, deren letzter 1914 in Lourdes abgehalten wurde, werden wieder aufgenommen. Der Vorsitzende der Kongresse, Bischof Geylen von Namur, hat in einer Audienz beim Papste diesem den Vorschlag gemacht, den nächsten dieser internationalen katholischen Kongresse im Herbst dieses Jahres in Rom abzuhalten. Mit Rücksicht auf die kirchlichen Feierlichkeiten der Jahrhundertfeier zu Ehren des Heiligen Hieronymus und der Stiftung des Dritten Ordens vom Heiligen Franziskus in diesem Jahre sprach Benedikt XV. den Wunsch aus, daß der Eucharistische Kongreß im Mai 1922 in Rom abgehalten werden. Der Papst selbst wird in einer der Sitzungen den Vorsitz übernehmen, in der Petruskirche ein großes Pontifikatamt zelebrieren und an einer Sakramentsprozession teilnehmen, was seit 1895 von einem Papste nicht mehr geschehen ist.

Die italienischen Betriebsräte.

Rom, 15. Febr. Ministerpräsident Giolitti hat dem Vertreter der Chicago Daily News eine Unterredung über die Betriebsräte und über die Entlohnung gewährt. Wie bekannt, liegt dem italienischen Parlament ein

Gesetzentwurf wegen der Einführung der Betriebsräte und der Arbeiterkontrolle in den Betrieben vor. Giolitti sagte u. a.:

Dieses Gesetz wird den Arbeitern gestatten, den Preis der Rohstoffe, die Erzeugungskosten, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, die Namen der Teilhaber und den Betrag ihrer Gewinne sowie die Erzeugungsmethoden mit Ausnahme der Fabrikationsgeheimnisse kennen zu lernen. Die fortschreitende industrielle Ausbildung der Arbeiter wird auch den Tag beschleunigen, an dem die Arbeiter insstande sein werden, ihre Industrien selbst zu betreiben. Dieser Fortschritt wird aber selbstverständlich sehr langsam sein. Durch die Arbeiterkontrolle werden die Industriellen genötigt werden, mehr auf die Erzeugung als auf die Spekulation acht zu geben, was die Erzeugung selbst direkt fördern wird.

Auf die Frage, ob er einer allgemeinen Entwaffnung gütig gegenüberstehe, antwortete Giolitti, Italien werde nie einen solchen Plan befürworten, unter der Bedingung allerdings, daß die Entwaffnung wirklich eine allgemeine sei, und daß die innere Ordnung im Lande gesichert werden könne.

Die katholische Internationale.

Rom, 15. Febr. Die katholischen Gewerkschaften veröffentlichten einen scharfen Protest gegen die Pariser Forderungen und die angeblichen Sanktionen, die nichts anderes bedeuten als 42 Jahre deutscher Knechtschaft zugunsten des ausländischen Kapitalismus und Imperialismus und die grausamste Verleugnung der im Krieg proklamierten Grundsätze von Gerechtigkeit und Freiheit. Durch solche Ausfälschungen werde der Wiederaufbau Europas verzögert und dafür in den besiegten Ländern die Notlage erhöht. Im Namen der christlichen Ideale protestieren die Gewerkschaften gegen diesen Versuch, das deutsche Volk zu erwürgen.

Oesterreichs Nöte.

Wien, 15. Febr. Der Katholik-Korrespondenz zufolge überreichte eine Abordnung des Zentralverbandes der geistigen Arbeiter Oesterreichs der Wiedergutmachungskommission eine Denkschrift, in der namens 180 Berufsverbände geistiger Arbeiter die Bitte ausgesprochen wird, die Wiedergutmachungskommission möge geeignete Schritte unternehmen, um dem in Oesterreich bestehenden Lohnrückstand der geistigen Arbeiter durch die Schaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten für geistige Arbeiter im Ausland abzuheben.

Der Politische Korrespondenz zufolge trafen der ungarische Minister des Innern, Graf G. G. und der ehemalige ungarische Minister des Innern Graf G. G. am Mittwochabend in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Friedens von Trianon die mit der Ubergabe Westungarns an Oesterreich zu erledigenden Fragen zu erörtern.

Der österreichische Bundespräsident ernannte den provisorischen Geschäftsträger am Heiligen Stuhl, Freiherrn Ludwig von Haffner, zum außerordentlichen und bevollmächtigten Minister.

Drohender Streik der Staatsangestellten.

Wien, 15. Febr. Die Staatsangestellten hatten vor einiger Zeit von der Regierung eine einmütige Beihilfe von 5000 Kronen pro Kopf und Monat gefordert. Gestern erschien eine Abordnung des Zentralverbandes der Staatsangestellten im Finanzamt und erhob gegen die Verschleppung dieser Forderung Protest. Mittwoch

finden in ganz Oesterreich Versammlungen der Staatsbeamten statt. Es wird, falls sich die Regierung nicht zu rechtzeitigen Verhandlungen entschließen kann, wahrscheinlich mit einem Streik auf der ganzen Linie zu rechnen sein.

Der Provinziallandtag.

Düsseldorf, 16. Febr. Der am 20. Februar zu wählende Rheinische Provinziallandtag wird voraussichtlich schon am 19. März zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Er wird sofort die Neuwahl des Provinzialausschusses vornehmen. Dieser hat seinerseits sämtliche Bezirksausschüsse und zahlreiche andere öffentlichen Körperschaften neu zu wählen. Auch wird er demnächst bei der Besetzung der leitenden Staatsämter der Provinz, Oberpräsident, Regierungspräsident usw. mitzuwirken haben. Ferner wird die Wahl der Vertreter der Rheinprovinz im Preussischen Staatsrat und des Vertreters im Reichsrat, sowie die Stellungnahme zum Autonomiegesetzentwurf für die Provinzen des Provinziallandtags beschäftigen. Der Geschäftsträger für 1921 wird voraussichtlich noch nicht vorgelegt werden. Zu dessen Beratung wird der Provinziallandtag wohl im Laufe des Sommers hierfür nochmals zusammentreten müssen.

Der vorläufige Entwurf des Autonomiegesetzes für Preußen ist jetzt dem Oberpräsidenten der preussischen Provinzen zugegangen mit dem Auftrag, ihn dem am 20. Februar neu zu wählenden Provinziallandtag bei ihrer ersten im Laufe des Monats März stattfindenden Sitzung zur Begutachtung vorzulegen. Auf Grund der Gutachten der Provinziallandtage wird der Entwurf dann einer erneuten Prüfung durch das preussische Staatsministerium unterzogen und mit künftiger Beschleunigung dem neuen Landtag vorgelegt werden.

Wie bekannt, handelt es sich bei diesem Gesetz um eine wesentliche Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzen, insbesondere durch Uebertragung gewisser bisher vom Staat wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben.

Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 15. Febr. Das Parlament wurde nach einer Neutermeldung heute mit einer Thronrede eröffnet, die auf die bevorstehenden Verhandlungen in London Bezug nimmt und dem Vertrauen Ausdruck gibt, daß weitere Fortschritte gemacht werden, um den Friedensverträgen Wirksamkeit zu verleihen, um das Einvernehmen in Europa wieder herzustellen und in dem nahen Osten Ruhe zu schaffen. Die Thronrede spricht weiter die Hoffnung aus, daß die Beratungen über das Handelsabkommen mit Rußland zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Schließlich kündigt sie Gesetzentwürfe an, die in Industrie gegen unlauteren Wettbewerb schützen sollen.

Paris

Ist Deutschlands Unheil. Nur eine starke Mittelpartei in sozialer, wirtschaftlicher, kultureller Hinsicht kann eine dieser Sachlage entsprechende Regierungsbildung verbürgen. Das Zentrum läßt das Vaterland nicht im Stich, wenn das Schlimmste

droht!

Zentrumspartei Kreis Grevenbroich.

Letzte Zentrumsversammlung vor den Wahlen

am Donnerstag, den 17. Februar, 4 Uhr nachmittags im Hotel Persch in Grevenbroich.

Redner: 1. Fräulein Abgeordnete Rektorin Stoffels, Neuß.
2. Verbandssekretär Maier, Duisburg.

Redner wird gegen 5 1/2 Uhr sprechen; anschließend freie Aussprache, speziell für die Christlichen Gewerkschaften.

Frauen und Männer aller Stände, auf zum letzten Appell!

Das Wandern ist des Müllers Lust.

Berlin, 15. Febr. Heute morgen trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieker der Sachverständigenrat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tariffkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 65 Prozent ein Gutachten abzugeben. In seiner Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung der Personentaxen.

Die Eisenbahnverwaltung führt demnach eine organische Neuordnung der Personentaxen durch. Die neuen Fahrpreise sollen sich auf einheitlichen Stufen aufbauen, die betragen werden: für die 4. Klasse 13, für die dritte Klasse 19,5, für die 2. Klasse 32,5 und für die 1. Klasse 58,5 Pfennige je Kilometer. Gegenüber den bisherigen Preisen bedeuten diese Stufen eine Steigerung von 550 Prozent für die 4. und 3. Klasse 622 Prozent, für die 2. und 1. Klasse 735 Prozent.

Demnach würde beispielsweise eine Reise von Berlin nach Hamburg künftig kosten: 88 Mark statt bisher 26,4 Mark in der 4. Klasse, 137 Mark (42,4) in der 3. Klasse, 207 Mark (62,4) in der 2. Klasse und 370 Mark (108,6) in der 1. Klasse. Für die Strecke Berlin-Frankfurt a. M. betragen die neuen Fahrpreise: 71 (49) Mark in der 4. Klasse, 106 Mark (78) in der 3. Klasse, 176 Mark (129,6) in der 2. Klasse und 316 Mark (291,6) in der 1. Klasse. Die Schneefallzuschläge werden unter Beibehaltung des bisherigen Zweizonensystems (bis 75 bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8 und 16 und 24 Mark in der 1. und 2. Klasse und auf 4 und 8 und 12 Mark in der 3. Klasse. Die neuen Fahrpreise sollen am 1. Juni in Kraft treten.

Alles in allem hofft die Eisenbahnverwaltung, in absehbarer Zeit durch Sparmaßnahmen etwa fünf Milliarden zu sparen. Ingefallt bleiben jedoch von dem Jahresergebnis 1920 noch 10 Milliarden.

Das militärische Mandat über Danzig.

Danzig, 15. Febr. Nach einer Meldung aus Paris hat der Oberkommissar für Danzig, General Hofing, sein Gutachten über das militärische Mandat für die freie Stadt Danzig bereits nach Paris erstattet. Der Berichterstatter der „Gazette de France“ will wissen, daß dieses Gutachten für Polen ungünstig ausgefallen sei. Er fügt seiner Meldung aber hinzu, Frankreich werde alles daran setzen, um diese Entscheidung in einem für Polen günstigen Sinne zu beeinflussen.

Das polnische Paradies in Posen.

Aus Kreisen der „Heimatschutz“ schreibt man uns: Was in die allerjüngste Zeit konnte man sehr häufig folgende Beobachtung machen: Viele, nationalpolitisch denkende Familien im rheinisch-westfälischen Industriegebiet waren, verführt durch die Schilderung der idealen Zustände in Posen, nach der ehemals preussischen Provinz Posen ausgewandert. Hier wollten sie die fürchterliche Enttäuschung ihres Lebens erfahren: Nichts von all den Versprechungen, mit denen man sie gelockt hatte, erfüllte sich. Arbeitslosigkeit und Hunger, heilloser Unordnung bei den Behörden, das Fehlen jeglicher Sicherheit, Schmutz und Verwahrlosung aller Art: das war der Tausch, den sie gemacht hatten. Den unglücklichen waren die Augen genötigt geöffnet worden.

In ihrer Enttäuschung und Verzweiflung beschloßen sie die Rückkehr in ihr vorher so geliebtes altes Vaterland, soweit man sie nicht sofort zum Militärdienst eingezogen hatte. Und nun kam das fürchterlichste, entweder erhielten sie überhaupt nicht die Erlaubnis zur Rückkehr, damit ein weiteres Bekanntwerden polnischer Zustände verhindert würde, oder sie wurden von polnischen Staatsbediensteten buchstäblich zu Bettlern gemacht. Ihre Möbel und ihren Hausrat durften sie zwar nach Polen ausführen, andererseits verbot aber die polnische Regierung die Ausfuhr der genannten Gegenstände aus Polen. Es blieb den Leuten nichts anderes übrig als ihre Einrichtung zu Schrotterpreisen zu verkaufen. Die wenigen polnischen Mark, die sie dafür erhielten, reichten kaum hin, ihre Rückreise zu bestreiten. Abgerufen in ihrer Notlage, ohne Wohnung, ohne Hausrat, fallen diese Leute den Fürsorgekommissionen zur Last. Diese schändlich verführten Heimkehrer sind ausnahmslos aus einem Land in ein Paulus geworden. Sie werden nicht müde, allen die ähnlichen Geschichten auszuereuen. Sie versapfen keine Theorie mehr, die Praxis hat sie eines besseren belehrt.

Die nationalpolitischen Gekapitel im Industriegebiet werden gut tun, ihre Lehren über das polnische Himmelreich durch einen dreimonatigen Aufenthalt auf der Wiese Posen-Maschau zu vervollständigen; eine Woche genügt auch schon. Aber es scheint ihnen weniger strapazös zu sein, im deutschen Lande selbst alles Deutsche durch den polnischen Dreck zu ziehen, die polnischen Schmiergeld zu schlucken und zu putzen.

Amerikanische Urteile über Paris.

Nach einem Sonderbericht der N. Y. meldet die New Yorker Evening Post, das Sprachrohr Morgans und der Wilsonschen Partei u. a.

Eingehendere Prüfung der Schadenersatzforderungen hat die hiesigen Sachverständigen überzeugt, daß die Erfüllung der gegenwärtigen Forderungen unmöglich ist und eine Durchsicht vorgenommen werden muß. Der geplante Ausfuhrzoll von 12½ v. H. wird besonders scharf kritisiert. Die Gesamtsumme der in Paris vereinbarten Forderungen erscheint weit über das Maß der deutschen Zahlungsfähigkeit hinauszuweisen.

Die republikanische Presse tritt noch schärfer gegen die Verbandsforderungen auf. Sie hebt den Umstand hervor, daß die Vereinigten Staaten als Unbeteiligte am Völkerbund und seinen Verbandsparteien angehören, sozusagen über den Parteien stehen und nötigenfalls ein kräftigeres Wort reden könnten. Wohl am schärfsten werden die Forderungen von den Industriellen und Handel vertretenden Blättern verdammt. Das führende Handelsblatt, das

Journal of Commerce, schreibt u. a.:

Die Sinnlosigkeit und Unfähigkeit, die bei der Finanzierung des europäischen Krieges befundet wurde, habe ein Gegenstück in der Unbereitschaft und Unfähigkeit, mit der die Friedensfinanzierung geführt wird. Besonders scharf richtet sich die Kritik gegen den 12½-prozentigen Ausfuhrzoll. Das Journal of Commerce bemerkt dazu: Der amerikanische Baumwollpflanzer, der deutsches Kali braucht, muß so viel mehr zahlen. Er mag dieser Verteuerung durch Einschränkung seiner Einkäufe entgegen, aber dadurch verringert er in gleichem Maße Deutschlands Fähigkeit, die ausländischen Forderungen zu bezahlen. Wenn er aber kauft, wird ihm die Last der Schadenersatzforderung aufgebürdet.

Arthur Brisbane schreibt im New York American:

Deutschland hat das von Bismarck genommene Land und Geld zurückgegeben, dazu all seine Kolonien, seine Schiffe, sein Recht, ein Heer zu halten, seine Lokomotiven, seine Kasse, seine Bergwerke und 250 Millionen in Gold für die eine Milliarde Dollar, die Frankreich gezahlt hatte. So steht die Abrechnung heute. Wie wird sie nach 50 Jahren stehen, nachdem 65 Millionen Deutscher, die große Familien aufziehen, tagaus, tagein über Nacht geprügelt, nach Hause genommen und eine Bevölkerung entwidelt haben, die viermal so groß als die Bevölkerung Frankreichs ist? Wird Frankreich dann, wenn England nicht mehr stark genug ist, es zu schützen, mit seinem Heer für die 55 Milliarden Dollar bezahlen? Man mag sagen, Deutschland hat kein Heer, keine Flotte. Aber Geschütze und Schiffe allein geben nicht den Ausschlag. Den gibt die Stimmung in einem Volke und die Macht einzelner Führer. Nahe im Herzen einer Nation ist gefährlich!

Industriefachleute.

In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir u. a. unterliegen, daß die deutsche Industrie mehr oder weniger an Geldmangel leidet und noch mehr leiden würde, wenn nicht Betriebe voll beschäftigt wären. Jedenfalls wäre jetzt ein geeigneter Zeitpunkt zu einer Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Angestellten an den Betrieben. Durch Schaffung von Aktienunternehmen wird man daher jetzt den Arbeitern Gelegenheit geben, das Industrieerlebnis besser kennen zu lernen, damit ihre Interessen für wirtschaftliche Dinge werden und sie dadurch zu einer vorurteilsfreien Beurteilung ihres Verhältnisses zu Kapital und Unternehmern bringen.

Einen Weg zur Beteiligung bietet die Klein-Aktie oder auch die Arbeiteraktie. Einen anderen Weg schlägt Dr. Fritz Pabst stellvertret. Stadtschuldirektor bei der Stadt Danzig der Provinz Brandenburg, in einer Broschüre „Industriefachleute“ (Karl Heymanns Verlag in Berlin) vor. Gleichwie für die landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen durch die Landwirtschafts- und neuerdings durch Errichtung von Stadtbanken dem städtischen Hausbesitzer Hypothekendarlehen zur Verfügung gestellt wird, so schlägt Dr. Pabst „Industriefachleute“ vor, die auch in der Form eines öffentlich-rechtlichen Unternehmens errichtet werden sollen, um für die Industrie Gelder zur Verfügung zu stellen. Die Industriefachleute sollen ihre Mittel durch Emissionen von Aktien beschaffen, so daß also nicht festverzinsliche, sondern Dividendenpapiere von diesen Industriefachleuten dem Publikum als Anlagepapiere zur Verfügung gestellt würden.

Unter Hinweis auf die englischen Investments Trusts, die allerdings verschiedene Arten von Beteiligungen ausgeben, tritt Dr. Pabst für die einfache Aktie als Kapitalbeschaffungsmittel ein. Ja er fordert für die Industriefachleute sogar das Verbot der Ausübung festverzinslicher Schuldverschreibungen, da dies ein gefährlicherer Passivposten werden könne. Deshalb wünscht er Namensaktien, deren Lebensdauer auf Dritte der Zustimmung des Vorstandes bedarf. Vor allem wünscht die Frage, ob unter der Arbeiterkraft für diese Art der Kapitalanlage sich eine besondere Zusammenkunft entwickeln wird. Jede dem Geschäftskreis ferner liegende Beteiligung wird nur wenig Interesse auslösen.

Der Gedanke hat ein gewisses Interesse. Vor etwa einem Jahrzehnt wurde die Frage des industriellen Hypothekendarlehens außerordentlich lebhaft erörtert. Damals wurde die Schaffung von Industriebanken in Anregung gebracht. Demgegenüber ist der Pabstsche Vorschlag weitaus zweckmäßiger, da er nicht die Beschaffung des Kapitals durch Obligationen, sondern durch Aktien vorsieht, so daß also jeder Inhaber der Industriefachleuten Aktie, daß in diesem Besitz ein gewisses Risiko steht. Das Risiko ist zwar auf viele Unternehmern verteilt, immerhin es besteht. Schon daß er keine feste Zinsen erhält, sondern schwankende Dividenden, erinnert ihn daran, durch die Kontrolle des Reiches oder die Staatsbankrott erlangt das Institut keineswegs ein besonderes Vertrauen. Andererseits kann zugegeben werden, daß das heutige Aktienrecht hinsichtlich der Kontrolle solcher Industriefachleuten (Trusts) unzulänglich ist. Man wird für diese neue Art der Finanzierung, oder vielmehr Kapitalanlage-Gesellschaften eine besondere Art Kontroll-Organisation schaffen müssen: vielleicht ein Mittelglied zwischen Aktiengesellschaft und Genossenschaft.

Angesichts der drohenden Kapitalnot der Industrie und der voraussichtlich in Zukunft schwierigen Beschaffung von Kapital namentlich für die nicht in Aktiengesellschaftsform betriebene Industrie, der die Ausgabe von Obligationen nicht möglich ist, aber auch die Beschaffung von Kapital auf andere Weise erschwerungsgemäß sehr schwer ist, wird man dem Gedanken der Industriefachleuten, die das Kapital durch Ausgabe eigener Aktien werden wollen und nicht durch Obligationen schon sympathischer gegenüber stehen können als den früheren Plänen der Industriebanken greifbar. Jedoch die Idee der Industriefachleuten greifbar. Jedoch die Idee der Industriefachleuten greifbar. Jedoch die Idee der Industriefachleuten greifbar.

Der neue Bürgermeister der Stadt Neuf.

Sitzung der Stadtverordneten.

Neuf, den 16. Februar 1921.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten leitete Herr Weigand. Alle 42 Stadtverordneten waren anwesend. Gleich nach Eröffnung der Sitzung schlug der Vorsitzende vor, die

Wahl des Bürgermeisters, die an 26. Stelle auf der Tagesordnung stand, an erster Stelle zu verhandeln.

Das Kollegium erklärte sich damit einverstanden. Es wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten. Stadtrat Maeder schied (Str.): Er schloß, nachdem der jenseitige Prüfung der Frage vorhergegangen sei, vor Herrn Weigand den Herrn Bürgermeister von Neuf zu wählen und bei der Regierung zu beantragen, denselben den Titel eines Oberbürgermeisters zu bewilligen.

Herr Weigand (M.-S.): Auf Grund der getroffenen Vereinbarungen werde keine Fraktion dem Vorschlag zustimmen. Die Wahl hat durch Stimmzettel zu erfolgen. Die Herren Stadtverordneten Rindens (D. M.) und Böhner (M.-S.) werden zu Stimmzählern ernannt. Nach kurzer Zeit verlas Herr Weigand, Klein als Ergebnis der Wahl, Herr Weigand, Klein als Bürgermeister von Neuf gewählt.

Nachdem der Neuwahl der von dem Ergebnis bestätigt worden ist und er am Verwaltungstisch Platz genommen hat, teilte Herr Weigand, Klein ihm das Ergebnis der Wahl mit und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese für ihn und der Stadt zum Wohle gereichen werde.

Herr Bürgermeister Happer nahm das Wort zu einer kurzen Erklärung: Am 15. Februar des vorigen Jahres bin ich in Neuf gewesen wegen meiner Wahl zum Weigand und heute hat Ihr Vertrauen mich zum ersten Bürgermeister der Stadt ernannt. Ich danke für dieses Vertrauen! Ich will heute keine programmatische Erklärung abgeben, das wird am besten am Tage meiner Einführung geschehen. Ich will vor Ihnen zu erscheinen, habe ich als mein Motto erklärt: Nicht mit zu Hassen, mit zu Gehen bin ich da. Ich sage dem heute hinzu: Nicht mit Niederzureißen, mit Aufzubauen bin ich da! Die Mitglieder aller Fraktionen bitte ich, dabei mich in meinem Amte zu unterstützen.

Den Worten folgte lebhafter Beifall. Stadtrat Maeder schied (Str.): Die Wahl hat entschieden. Herr Weigand, Klein ist zum Bürgermeister gewählt. In Würdigung der damit für den ersten Weigand der Stadt entstandenen Lage halten es meine Freunde für gerecht und billig, Herrn Weigand, Klein ihren Dank auszusprechen für seine langjährige Arbeit im Dienste der Stadt. Unter ihm ist das Wohl der Stadt zu einem hohen Grade gefördert worden. Während der Kriegsjahre ist Herr Weigand, Klein neben dem Herrn Oberbürgermeister lange der einzige besoldete Weigand der Stadt gewesen. Das will bezeugen, daß eine Fülle von Arbeit mehr für ihn zu leisten war. Vor allem aber muß ihm bei dieser Gelegenheit vor aller Öffentlichkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen werden, für seine Arbeit um die Kunstpflege, insbesondere die Musikpflege der Stadt. Wenn Neuf hier Nordbühnen besitzt, ist es der Initiative des Herrn Weigand, Klein allein zu danken. Wir glauben daher dieser unserer Anerkennung Ausdruck geben zu sollen und bitten Sie, zu beschließen, daß Herr Weigand, Klein den Titel Bürgermeister beibehalten wird, und ihm eine pensionsfähige Zulage von 5000 Mark gewährt werde.

Herr Bürgermeister Happer stellt den Antrag zur Wahl zum Bürgermeister Herrn Weigand, Klein einstimmig angenommen wird.

Herr Weigand, Klein dankt für die einstimmige Annahme.

Die Verlegung der Stadt Neuf in die Ortschaft A. beschäftigt das Kollegium dann längere Zeit. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften hatten einen entsprechenden Antrag gestellt. Herr Klein teilte mit, daß die Regierung mitgeteilt habe, solche Anträge sollten durch die Beamtenkassen des Provinzialrates mitgeteilt werden; daß sie längt geschehen. Die Finanzkommission habe beschlossen, eine Resolution zu fassen, sich dem Beamtenrat anzuschließen.

Herr Weigand, Klein bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

Herr Klein (M.-S.) bemerkt, daß Neuf Eisenbahnlinie, die auf dem Bahnhof in Neuf arbeitet, nach Neuf A. bezogen werden. Neuf, zwischen Ortschaften gelegen, gehört in Klasse A. Stadtrat Maeder schied (Str.): Mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sei wenig erreicht, man müsse nur nicht, von wem man ihn nicht solle. Die Beschlüsse müßten schon am 15. Dezember gefaßt sein. Der Beamtenrat habe jetzt eine Denkschrift eingereicht. Alle müßten an ihre Abgeordneten herantreten, die Verlegung von Neuf in Klasse A zu beschließen. Er bitte sich also dem Vorschlag des Ortsrates des Beamtenbundes anzuschließen.

Der Antrag der Finanzkommission, sich dem Vorschlag des Ortsrates in Bezug auf die Verlegung von Neuf in Klasse A. anzuschließen, wird angenommen.

obiger Forderung würde ungefähr 40- bis 50 000 Mark ausmachen. Diese müßten von irgend einer Seite gedeckt werden. Die Beibringer sind letzten Endes diejenigen, welche zu den unteren Schichten der Bevölkerung gezählt werden. Kann man es nun mit seinem Gewissen vereinbaren, daß man den besser Entlohnenden einen Zuschuß bewilligt, welchen die Arbeiter in der Privatindustrie, die schlechter entlohnt sind, bezogen müßten? Ich sage: Nein, das kann man nicht verantworten, und deshalb lehne ich den Antrag ab.

Herr Weigand (M.-S.) erklärt sich gegen den Antrag. Der Vorschlag, Arbeiter zu umwerfen, ist eine schlechte Idee. Ein verheerender Straßenreiniger, der einen Hund erhalte 17 200 Mark, ein Schloffer 17 200 Mark, die Stadt, Beamten ein, alle Zulagen von 14 000 Mark an, ein Oberstadtschreiber mit seiner Frau und einem Kinde 17 200 Mark; also durchschnittlich habe ein Stadt. Arbeiter das Einkommen eines Oberstadtschreibers. Auf Angriffe des Stadtrats, Diden (M.-S.) erwidert Stadtrat Kremer (Str.), daß er nicht gelangt habe, die Höhe seien zu hoch, sondern nur, daß man sich am Tarif halten müsse. Es handle sich um den Grundloß. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, statt 300 nur 200 Mark zu bewilligen. Nachdem Stadtrat Rindens (D. M.) sich gegen die nach dem Tarifkommissionen unzulässige Vergütung erklärt, wird der Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss schlägt zum Grundloß und Grundloßschlag für die Stadt, Beamten und Angestellten und Vorkurschlag für die Stadt, Beamten und Angestellten für die Stadt, Beamten und Angestellten. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, statt 300 nur 200 Mark zu bewilligen. Nachdem Stadtrat Rindens (D. M.) sich gegen die nach dem Tarifkommissionen unzulässige Vergütung erklärt, wird der Antrag abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erhöhung des Feuerungslozes zum Grundloß und zum Grundloßschlag von 50 auf 67 Prozent rückwirkend ab 1. Januar 1921 für die Stadt, Beamten, Angestellten und Vorkurschlag für die Stadt, Beamten und Angestellten. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, statt 300 nur 200 Mark zu bewilligen. Nachdem Stadtrat Rindens (D. M.) sich gegen die nach dem Tarifkommissionen unzulässige Vergütung erklärt, wird der Antrag abgelehnt.

Herr Weigand (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Schreier Franz B. ...

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (M.-S.) schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, die Hülfsangestellten einzubeziehen, lasse sich in kurzer Zeit erledigen, und die Bezahlung der Hülfsangestellten, dann sei eine endgültige Regelung für die Hülfsangestellten da.

Stadtrat Rindens (D. M.) glaubt, daß die Eingruppierung der Hülfsangestellten in einer Stunde sich bewerkstelligen lasse, während Weigand, Stadtrat Maeder erklärt, dies werde längere Zeit erfordern.

Nach kurzer Debatte wurde beschloßen, die Eingruppierung der Hülfsangestellten möglichst bald zu bewerkstelligen. Es handelt sich um 25.

Stadtrat Maeder (M.-S.) beantragt, auch die Hülfsangestellten darin einzubeziehen. Stadtrat Maeder (

Oberschlesien erhebt Einspruch!

Wer erhebt Einspruch?

Antwort: Der Stimmberechtigte, wenn 1. sein Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten abgelehnt ist, 2. sein Antrag von den paritätischen Ausschüssen zur Entscheidung dem Interalliierten Bureau übergeben worden ist, 3. ihm eine Nachricht über erfolgte Eintragung in die Stimmlisten noch nicht zugegangen ist.

Wann und wo ist der Einspruch zu erheben?

Antwort: Sofort auf dem Bureau der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Hierzu die aus Oberschlesien zugehende Benachrichtigung mitbringen, falls solche eingetroffen ist.

Wie hat der Einspruch zu lauten?

Antwort: Der Einspruch ist eingehend zu begründen und mit Datum und Unterschrift zu versehen. — Die Ortsgruppen geben jedermann hierzu genau Auskunft!

Was ist die Folge, wenn nicht sofort Einspruch erhoben wird?

Antwort: Stimmverlust!

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier

Politische Rundschau.

Die Vorbereitung für die Londoner Konferenz ist für den Augenblick die größte Sorge, welche unsere Regierung hat. Wie hatten wir bei Verhandlungen dem Genui gegenüber eine günstige Position, aber heute nach den Pariser Beschlüssen ist die Lage geradezu unheilvoll und wenig hoffnungsvoll. Der Vertrag durch das Danke Hoffnungen, das bestehende Gegenstände gerecht ausgeteilt werden. Zu einem vollen Verständnis, das darf nicht vergehen werden, gehört auch volle Gerechtigkeit Deutschland gegenüber.

Man stehen wir unmittelbar vor den präsidenten Wahlen, deren kulturelle Bedeutung nicht nachdrücklich genug empfohlen werden kann. Schule und Jugend sind die Angelpunkte der inneren Politik und wer will, daß diese in aufbauendem christlichem Geiste geleitet werden, der kann am nächsten Sonntag nicht gleichgültig zur Seite stehen, der muß seine ganze Kraft aufbieten, um der echten christlichen Volkspartei, dem Zentrum zum Siege zu verhelfen. Nicht umsonst rufen die vereinigten Bischöfe Preussens in einem besonderen oberhirtlichen Schreiben die Gläubigen auf, bei den Wahlen ihre Pflicht zu tun und die Stimme zur Verteidigung der christlichen Volksschule abzugeben. Dieses Bischofswort sollte auf dem Flugblatt in jede christliche Familie getragen werden, damit nirgends die Wahlpflicht verkannt werde. Dem Zentrumsmächtigster ist die Ausübung des Wahlrechts diesmal durch eine glückliche Lösung der Kandidatenfrage besonders leicht gemacht. Die Wisse im ganzen Staat gibt ein richtiges Bild der Partei, indem sie alle Stände gebührend vertreten sein läßt und doch auch nur Männer auf den Schild erhebt, die wirklich echt christlichen Geistes und befähigt sind, des Volkes Interessen zu vertreten.

Das, was sich heute Wählerbund nennt, steht einfaß das große Wort von der Wählerbewegung in der Welt. Diese Bewegung lernt jetzt das mit dem Wenden in den Bund aufgenommenen Deutsch-Österreich kennen. Aus purer Freundschaft widerlegen man sich rücksichtslos den Bestrebungen, welche allgemein den Anschluß zum Stammer-

vielfacher Not für Deutschland erhebt, ist Italien. Schon der Minister des Auswärtigen, Sforza, hatte in seinem Bericht an das Parlament erkennen lassen, daß er nur notgedrungen den Pariser Beschlüssen sich gefügt, daß er aber die Deutschland zugewandten Opfer für unerfüllbar halte. Dieser Überzeugung gibt nun auch die gesamte italienische Presse scharfen Ausdruck und betont, daß die Vergewaltigung Deutschlands zugleich den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unmöglich mache. In Amerika hält man mit dem Urteil in dieser Angelegenheit sehr zurück; die leitenden Kreise verfolgen streng den Grundsatz, sich in die europäische Frage nicht einzumischen, sondern eigene Wege zu gehen. Man wird auch in London nicht vertreten sein. Der bevorstehende Regierungsantritt des neuen Präsidenten Harding wird erst die Stellung Amerikas zu Deutschland definitiv klären. Die Hoffnung, daß man hier in kurzer Zeit zu gerechneten Handelsvertragsverhältnissen kommen wird, ist durchaus berechtigt. Amerikas neuer Mann ist zwar kein besonderer Deutschfreund, aber er ist praktischer Amerikaner, welcher sehr wohl versteht, daß Einseitigkeit auf beiden Seiten nur Schaden bringen kann. Geordnete, vom Geiste der Verständigung getragene Verhältnisse können allein beiden Völkern zum Nutzen und Segen gereichen.

Die letzten Tage brachten allenthalben Gerüchte über eine Spannung zwischen England und den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Der Gesandte der Union in London soll sogar von der nahen Möglichkeit eines Krieges gesprochen haben. Das englisch-amerikanische Amt weilt sich, sofort diesen Gerüchten entgegenzutreten und den schärfsten Protest zu erheben. Die Gerüchte sind nicht allzu ernst zu nehmen, als die ganze Sache für eine deutsche Erwiderung zu bezeichnen. An was in der Welt fragen wir heute auch nicht die Schuld nach Aufstich gewisser Leute. Die Tatsache des Vorkommens einer gewissen Spannung läßt sich aber durch solche Scherz nicht aus der Welt schaffen und die Realität im Flottenbau beider Großstaaten tritt zu deutlich in die Erscheinung, um übersehen zu werden. Wir haben an einem neuen Krieges kein Interesse und wollen nur wünschen, daß bestehende Gegenstände gerecht ausgeteilt werden. Zu einem vollen Verständnis, das darf nicht vergehen werden, gehört auch volle Gerechtigkeit Deutschland gegenüber.

Man stehen wir unmittelbar vor den präsidenten Wahlen, deren kulturelle Bedeutung nicht nachdrücklich genug empfohlen werden kann. Schule und Jugend sind die Angelpunkte der inneren Politik und wer will, daß diese in aufbauendem christlichem Geiste geleitet werden, der kann am nächsten Sonntag nicht gleichgültig zur Seite stehen, der muß seine ganze Kraft aufbieten, um der echten christlichen Volkspartei, dem Zentrum zum Siege zu verhelfen. Nicht umsonst rufen die vereinigten Bischöfe Preussens in einem besonderen oberhirtlichen Schreiben die Gläubigen auf, bei den Wahlen ihre Pflicht zu tun und die Stimme zur Verteidigung der christlichen Volksschule abzugeben. Dieses Bischofswort sollte auf dem Flugblatt in jede christliche Familie getragen werden, damit nirgends die Wahlpflicht verkannt werde. Dem Zentrumsmächtigster ist die Ausübung des Wahlrechts diesmal durch eine glückliche Lösung der Kandidatenfrage besonders leicht gemacht. Die Wisse im ganzen Staat gibt ein richtiges Bild der Partei, indem sie alle Stände gebührend vertreten sein läßt und doch auch nur Männer auf den Schild erhebt, die wirklich echt christlichen Geistes und befähigt sind, des Volkes Interessen zu vertreten.

Das, was sich heute Wählerbund nennt, steht einfaß das große Wort von der Wählerbewegung in der Welt. Diese Bewegung lernt jetzt das mit dem Wenden in den Bund aufgenommenen Deutsch-Österreich kennen. Aus purer Freundschaft widerlegen man sich rücksichtslos den Bestrebungen, welche allgemein den Anschluß zum Stammer-

wandten Deutschland suchen. So findet das viel gepriesene Selbstbestimmungsrecht des Volkes seinen Ausdruck. Weiter muß das Land jetzt auch sein Wehrrecht so ausgestalten, nicht, wie es dem Bedürfnis des Landes angepasst ist und wie die Volkswirtschaft es will, sondern wie es der Entente paßt. Selbst schwelet man in höchsten Militarismus und in edler Gleichberechtigung nimmt man dem anderen die Möglichkeit seine eigene Verteidigung zweckentsprechend auszugestalten. Wer nach diesen Beispielen die völkerverfeindliche Liebe des heutigen Völkerbundes noch nicht erkennt, dem ist nicht zu helfen. Wenn man Deutschland die gleiche Liebe erzeigen will im Völkerbunde, dann bleiben wir lieber drauß. Glaubt man wirklich, auf die Dauer mit solchen Grundsätzen die Welt regieren zu können? Man treibt doch mit vollen Segeln neuen Konflikten entgegen.

Das neue Ortsklassenverzeichnis.

Berlin, 15. Febr. Da an Stelle der bisherigen einheitlichen Feuerungsanlagen nach Ortsklassen gestaffelte Feuerungsanlagen treten, ist die Frage eines neuen Ortsklassenverzeichnisses naturgemäß erheblich in den Vordergrund getreten. Es ist verständlich, wenn von allen Seiten auf die schleunige Fertigstellung eines neuen Verzeichnisses gedrängt wird. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß es sich um eine äußerst umfangreiche Arbeit handelt, die eine überflüssige Bearbeitung nicht verdient. Aber die Vorarbeiten stehen nunmehr vor dem Abschluß. Die Vorschläge der Länder für die Einführung der Orte unter 10 000 Einwohner sind größtenteils eingegangen, so daß demnächst die in Aussicht gestellte Besprechung mit den Vertretern der Beamtenorganisationen beginnen können. Nach Beendigung der Besprechung wird die endgültige Vorlage im Reichsfinanzministerium mit größter Beschleunigung fertiggestellt und dem Reichsrat und dem Reichstag zur Beschlussfassung zugeleitet.

Der richtige Weg der christlichen Politik.

Köln, 15. Febr. Der katholische Pfarrer Greber tritt trotz lebhafter Proteste der katholischen Geistlichkeit immer noch als Agitator im Wahlkampf für die Deutsche Volkspartei auf. In einer Pressefalsch hat das hiesige Organ der Deutschen Volkspartei behauptet, die bischöfliche Behörde in Trier habe gegen die Tätigkeit Grebers für die Deutsche Volkspartei nicht einzuwenden gehabt. Dagegen wendet sich nun das bischöfliche Generalvikariat in Trier, indem es dem volksparteilichen Organ eine Verwarnung zuleitet, in dem es heißt: „Gegen die Agitationsfähigkeit des Pfarrers Greber für die Deutsche Volkspartei hätten wir nur dann nichts einzuwenden, wenn es wahr wäre, daß die Deutsche Volkspartei in ihrem Programm und ihrer gesamten Politik in Bezug auf die Betätigung der christlichen Nützungen im Staatsleben auf einer Reihe von Gebieten, z. B. in der Schulfrage sich nicht im Gegensatz zu den Anschauungen der katholischen Kirche befände.“

Einspruch gegen neue Gewalttaten der Polen.

Hindenburg, 15. Febr. Der deutsche Abstammungs-kommissar für den Kreis Hindenburg hat an die Herren Gerond, de Marinis und Perceval folgenden Schreiben gerichtet: Am 3. d. Mts. wurde auf dem Wege vom deutschen Abstammungskommissariat in Bielefeld nach seiner Wohnung der Knappschälste Paul Schymura, Vater von fünf Kindern, meuchlings ermordet. Am 5. d. Mts. wurde in Hindenburg ein deutsches Vergeltung durch polnische Abpöbeln geführt. Die heimtückenden Teilnehmer wurden überfallen, schwer mißhandelt, und der Ziegelmeister Waz Krüger, Vater von vier Kindern, erschossen. Am 10. d. Mts. nachts wurde ein Auto zwischen Malofschau und Preßwitz von bewaffneten Polen überfallen, ein Insasse erschossen, der Chauffeur schwer verletzt. Am 13.

d. Mts. vormittags 10 1/2 Uhr, wurde die Ortstelle Bielefeld des deutschen Abstammungskommissariats von etwa 200 Polen umstellt. Die Menge ergoß sich dem Eingang in das Bureau und in die Privatwohnung, durchsuchte das ganze Haus nach dem Ortsstellenleiter, Viktor Weese, bedrohte dessen Frau und entwendete trotz des Protestes Akten. Am 12. d. Mts. wurden nachts in der Nähe der Heberfallstelle in Malofschau polnische bewaffnete Banden festgestellt, und Sonntag im Malofschauer Gelände von etwa 120 Bewaffneten eine regelrechte Feldübungsabgabe gehalten. Im Namen der deutschen Bevölkerung des Kreises Hindenburg bitte ich um Schutz und Entfaltung einer Untersuchungskommission zwecks Feststellung und Bestrafung der Schuldigen. Ossowski, deutscher Abstammungskommissar.

Knigge zur Preußenwahl.

Anderer darauf hinzuweisen, daß sie am 20. Februar ihre Schuldigkeit tun sollen, ist sehr verständlich. Es erwidert aber nicht von der Pflicht, auch selbst zur Wahlurne zu gehen. Sage nie: „Ich habe keine Zeit zu wählen!“ sondern drücke dich klar und offen aus: „Ich bin ein Extrapost!“

Frage im Wahllokal nie nach dem wahrscheinlichen Ergebnis, denn erstens belästigst du das Büro und zweitens weiß das Büro auch nichts.

Die neuen Banknoten.

Von den jetzt zur Ausgabe gelangenden Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Ausgabedatum des 28. Juli 1920 (grüne Kupferdrucknote, kenntlich an dem Bildnis der sonnigen Mädchenfigur auf der Vorderseite und der Bildern eines Mähers und eines Werftarbeiters auf der Rückseite) treten neuerdings sehr ungeschickte und darum sofort jedermann auffällige Nachbildungen auf. Aufgefallen von der schlechten Zeichnerischen und äußerlich mangelhaften Druckausführung, die namentlich in der Schattengabe der Charakteristika auffällig wirkt, fehlen der Fälschung die Hauptmerkmale echter Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Faserstreifen auf der Vorderseite, der beim Faltstich durch wenige braune Striche vorgefälscht ist.

Nur die zurzeit noch geringe Kenntnis des Publikums von der Beschaffenheit der neu verausgabten Note mag den Fälscher zur Ausgabe seiner abermals schlechten Fälschungen verleiten. Die selbst bei geringerer Aufmerksamkeit als solche nicht übersehen werden können, ermuntern haben. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Annehmen obiger Fälschung und empfiehlt dem Publikum ernstlich — als Selbsthilfe gegen Annahme von Fälschungen — sich das Bild der echten Noten anzusehen und einzuprägen.

Blätterstimmen aus Italien.

Im Blatte Resto del Carlino wird die im Pariser Abkommen vorgesehene Steuer auf die Ausfuhr einer Kontinentalzölle zugunsten der Westmächte auf Kosten der schwächeren Verbündeten genannt. Graf Sforza habe wahrscheinlich nur in der Überzeugung zugestimmt, daß das absurde Versailles System infolge seiner Unheilbarkeit von selbst, vielleicht mit Willen seiner Urheber, zusammenstürzen werde.

Deutsche,

wollt ihr das bis zur Karrikatur imperialistische und militaristische Polen unterdrücken? Wollt ihr die obererschlesische Bevölkerung ihm opfern? Dann braucht ihr nur gleichgültig zu sein, den Oberschlesier sich selbst zu überlassen und den Geldbeutel fest zuzuschließen.

Das genügt!

bieten, so sehe ich nicht ein, weshalb ich sie nicht annehmen sollte, denn vier Augen sehen mehr als zwei, und wiederum zwei Köpfe denken mehr und nach verschiedenen Richtungen wie einer. Nur fürchte ich, wird Ihre Mitarbeitererschaft an meiner Mission nicht von langer Dauer sein.

Ehe ich darauf etwas erwidern konnte, wurde mir die Beantwortung von anderer Seite aus der Hand genommen, denn der Majordomo war uns in das Kabinett gefolgt und präsentierte mir einen Brief, der, wie ich gleich erkannte, von der Marchesa kam. Ich erwiderte ihn, überflog den Inhalt und sagte dann zu dem Diener zur Seite getretenen Doktor:

„Die Antwort, ob eine Nebenbuhlerin meiner Mitarbeitererschaft an Ihrer Mission lohnt, kann ich Ihnen nun geben. Die Marchesa teilt mir mit, daß ihre Tochter den Typhus, wenn auch zum Glück in leichterer Form hat und sie Wien nur vor Abhaltung einer Quarantäne von acht bis zehn Tagen nicht verlassen könnte. Sie fragt mich, ob der Aufenthalt im Palazzo Spada mir angenehm sei, andernfalls, wenn ich irgend eine Ursache hätte, ihn verlassen zu wollen, müßte ich eben allein nach Florenz reisen und sie dort erwarten. — Nun, so sehe ich die Erkrankung der Tochter dieser gütigen und rücksichtsvollen Dame bedauere, im selben Grade bedauere, im selben Grade beglückwünsche ich mich, dadurch in den Palazzo Spada gekommen zu sein, den ich im anderen Falle nie gesehen und betreten hätte. Natürlich bleibe ich hier und werde das der Marchesa sofort schreiben. Wenn Sie, Herr Doktor, mich später weiter herumschicken wollen, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Jetzt natürlich ist es meine Pflicht, zuerst der Marchesa zu antworten, ehe ich an andere denken kann.“

„Rationalisch,“ stimmte mir der Doktor zu. „Aber, wenn ich mir erlauben darf, Ihnen einen Rat zu geben, so wäre es der: erwähnen Sie nichts von dem — dem Ungewöhnlichen, das Sie hier gesehen.“

„O gewiß nicht,“ versicherte ich. „Ich hatte es nicht im Sinne zu tun, danke Ihnen aber trotzdem für den guten Rat.“

(Fortsetzung folgt.)

Ca' Spada.

Eine Tragödie aus dem alten und ein Mysterium aus dem modernen Venedig von E. von Adlerfeld-Ballstrem.

„O, in der Fall!“ erwiderte Doktor Marino nachdenklich. „Ja, es ist ganz eigen — während jene allerschönen in jedem Räume des Palastes schon gesehen wurde, ist dieser nur in der Stanga della Dogaresa zu sehen. Wer es ist, oder besser, was er gewesen, weiß man nicht — es ist nicht Michele Spadas Doppeltgänger, denn wie haben sein Porträt, es kann der Gliche nicht sein, denn die Tracht ist venezianisch. Diese Erscheinung ist ein absolutes Rätsel. Daß Danieli, der Majordomo, der die Sache doch gut kannte, Ihnen jene Zimmer öffnete, ist nicht recht von ihm, denn die Stanga d'oro, in welcher Sie schlafen, war auch das Schlafgemach der Donna Molanta. Ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, die Zimmer unter allen Umständen zu wechseln.“

„Wozu, wenn Donna Molanta doch Zutritt zu allen Räumen hat?“ fragte ich nicht ohne Spott. „Das ist wahr. Aber die Stanga della Dogaresa —“

„O, wenn ich den Herrn nicht geniere, mich geniert er nicht,“ behauptete ich kühn, wenn auch weniger aus vollster Überzeugung, als getrieben von dem Geist, der stets verneint. Und da der Doktor darauf nichts erwiderte, schrie ich hinzu: „Glauben Sie nicht, daß alles das sich noch ganz natürlich auflösen wird?“

„Ich hoffe es,“ sagte er. „Ich habe mich sogar des Satisfaktions schuldig gemacht, den alten, braven Danieli im Verdachte zu haben, in dieser Komödie den Oberregisseur zu spielen.“

„Aber der brave Danieli kann doch unmöglich hundert Jahre alt sein,“ fiel ich ein. „Er ist nicht einmal so alt wie Abraham,“ behauptete mir der Doktor. „Aber — ich kenne einen Präzedenzfall aus jener römischen Familie, in welcher eine Generation nach der anderen von Verwaltern ihres Hauses durch die geschickte Darstellung einer „Erscheinung“ daraus verjagt worden ist. Der letzte dieser Verwaltergenerationen, die einfach

das Haus für sich zu haben wünschten und die Herren aus eigenen Gründen in demselben nicht brauchen konnten, bekannte auf seinem Sterbebett den Betrug und produzierte die Maske, welche nach der vorhandenen Maske des Wunders auf dessen Grabmal durch Wachsabdruck und Lebermalung sehr ähnlich hergestellt war. Die Sache hat vor ein paar Jahren großes Aufsehen gemacht und mir den Gedanken eingegeben, ob hier nicht ein ähnlicher Betrug gescheit wird, denn das Geschlecht der Danieli dient dem der Spada schon seit mehr als fünfzehnhundert Jahren. Die Sache hat mir insofern ihren Reiz, als sich die Spada bis auf den vorigen Marsch nicht haben vertreten lassen und daß der Erscheinung täuschend nicht zu weise zu gehen ist. Ich habe mit einem Schachspiel, um keinen Namen zu machen, nach ihr geschossen — alles hat sie gar nicht berührt, — ich bin mit dem Regen auf sie losgegangen — mein Schieß nicht nur die Luft zu treffen. Es scheint, als hätte ich dem alten Danieli doch Unrecht getan, als wäre die Erscheinung doch eines jener Rätsel, die für den Menschenverstand zu schwer zu erraten sind.“

„Der so kinderleicht, daß wir schon darum gar nicht auf die Lösung kommen,“ wackte ich ein. „Doktor Marino suchte mit den Achseln.“

„Vielleicht haben Sie recht — aber ich glaub's nicht,“ erwiderte er ernstlich. „Die Marchesa hat Sie jedenfalls in dem Ganzen hergeleitet, daß Sie von den Erscheinungen nichts sehen werden, denn der Palazzo Spada hat schon solche Gäste gehabt. Die Frage ist nun, ernsthaft und ohne Komplimente: wollen Sie hier ausweichen, oder wollen Sie lieber in ein Hotel überleben?“

Ich antwortete nicht gleich, denn offen gesagt, ich hatte Lust, das Hofpanier zu ergreifen, weil die Sache doch etwas Unheimliches hatte. Andererseits schien mir der Palazzo Spada wie ein schöner Traum, den man nicht eher aufgibt, als man muß, und wenn die Marchesa mich auch nur zwei Tage hier ließ, so konnte ich während der Zeit doch in allem schweigen, was meiner Seele Manna war. Ich dachte dabei vornehmlich an die herrlichen Bilder, die ich hier so lange betrachten durfte, als ich mochte, und dabei fiel mein Blick auf den Giovanni Bellini vor mir. Sollte ich mich fürchten vor dem

hohen Geschöpfe, das es darstellte, vor dem süßen Kinderantlitz, das mir heute nach fast noch ruhender vorgekommen war, als hier im Rahmen von Meisterhand gemalt. Unschlüssig, schwankend, schweifte mein Blick ab nach dem Fenster, und dort — so wahr ich fest zu werden hoffe, dort stand sie, wie ich sie in vergangener Nacht geschaut, in dem leuchtenden, herabstehenden Nachschweben, mit dem Frühen, im hellen, leuchtenden Sonnenschein, die Hände gefaltet, wie in stummer Bitt.

Ich sah sie — und mich etwas links wendend, um zu sehen, was Doktor Marino tat, merkte ich, daß auch er sie sah, an der Richtung seines Blickes, an dem Ausdruck seiner Züge. Und ich sah auch, wie sie ihn und mich anblickte — ihn mit seltsam pathetischem Ausdruck, fast vorwurfsvoll, mich aber mit einem so heißen, so ungemein berehenden Blick.

Und ich streckte die Hand gegen sie aus und trat einen Schritt näher.

„Ich bleibe!“ sagte ich fest. „Wollte Gott, ich könnte bleiben. Bis ich wüßte, um was die Arme schon so lange bittet. Vielleicht errate ich’s.“

Weiter kam ich nicht, denn ich blühte ins Leere — die Erscheinung war fort, wie aufgesogen von dem hellen Sonnenstrahlen, die zu dem Fenster hineinströmten in das kleine Zimmer.

Wieder trafen sich Doktor Marinos Blick und der meine.

„Das Geisterbannen scheinen Sie so wenig zu verstehen als ich,“ sagte er mit gutmütigem Spott und wies mich schief, mit leicht bebender Stimme.

„Weil Geisterbannen nichts als Humbug sind,“ rief ich förmlich lechernd vor Erregung. „Was wissen wir davon? Und Sie sind hier, dem Geheimnis auf die Spur zu kommen! O, lassen Sie mich dabei helfen, ja!“

„Nur zu gern täte ich das,“ erwiderte Doktor Marino. „Aber — vergehen Sie meinen Zweifel — was könnten Sie in dieser Sache tun, Sie, die Sie hier im Hause eine Fremde sind, während ich jeden Winkel darin kenne und zu kennen glaube, denn wer würde sich ganz gütig in diesen weiten, oft sehr verborgenen Räumen? Aber wenn Sie mir Ihre Hilfe zur Lösung dieses Mysteriums an-

Im Nr. 37 Für die Schriftleitung verantwortlich:
Dr. Heinrich Staab.

Mittwoch, 16. Februar 1921. (Juliana)

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei. Neuh

48. Jahrgang

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuchâtel

Sozialpolitische Maßnahmen.

„Seitru seinem alten Programm hat das Zentrum die besondere Aufmerksamkeit der Sozialpolitik gewandt. Die unerträgliche Notlage des Volkes hat es gefordert eine durchgreifende Beschäftigungsform. Das Zentrum hat daran mit hingebender Mitarbeit. In rein agitatorischen Vorträgen hat es allerdings mit anderen Parteien, die seine unmittelbare Verantwortung für die Finanzpolitik des verarmten Volkes trugen, nicht mitreisen können und wollen. Das aber hat es den berechtigten Forderungen der Vamten und Mißhandlungsbeamteten sowie der Vamten-Hinterbänkler in Rahmen des Möglichen gern entprochen, auch bei der Beileistung der Mißhandlungen mit den Neupensionärsen es bereitwillig zugestimmt. Mit besonderer Sorgfalt darf die Fraktion es begrüßen, daß das neue Beschäftigungsgefeß den katholischen Pfarrern die volle Beteiligung mit den evangelischen bewahrt hat.“

(Aus dem Wahlauspruch der Zentrumspartei).

Zentrum und Evangelische.

Aus evangelischen Kreisen erhält die „Germania“ zwei Briefe, denen wir folgendes entnehmen:

Klassenhaß richtet sich zunächst gegen den Arbeitnehmer, das es rücksichtslos

bekämpfen gäbe. Natürlich übertrug er sich auch ohne weiteres auf das Bürgertum, denn die Arbeiterkraft sah durch die Brille des Klassenhasses im Bürgertum die Besitzenden, die das nichtbesitzende Proletariat nicht nur niederhalten, sondern auch ausbeuten wolle. Innerhalb der Grenzen unseres Reiches entstanden auf diese Weise

bourgeoisie", die zwar eine gemeinsame Sprache redeten, aus einem Blute stammte.

aber an ihnen grenzenlos in ihren politischen, wirtschaftlichen und religiösen Empfindungen und gesellschaftlichen Anschauungen voneinander entfernt waren. Die Gemeinsamkeit des deutschen Empfindens und des nationalen Denkens war verloren, denn das wahre Vaterland aller Proletariats sollte ja das Proletariat aller Völker sein. So entstand ein Volk im Volk, das politisch, gesellschaftlich und geistig-sittlich organisiert war. Ein Volk von internationaler und antireligiöser Denkart war unter dem Einfluß eines misshandelnden Marxismus emporgegangen, dessen politisches Ideal der internationale Friede in der Völkerverwelt, aber der rassistische Klassenkampf im eigenen Volk war.

Aber das alles sollte heute, wo wir als Volk zu einer arbeitenden Klasse für das Kapital der Entente geworden sind, nicht

Staat vermag die zerflüßte Gegenw
t. Die Kirche allein birgt Heilung, We
heit.

Zweiterlei Gefährt.

Die christlichen Dramatiker.

Einmal habe ich eine Laufführung beobachtet, die von einem Mann, der sich als „Händler“ bezeichnet, durchgeführt wurde. Er hatte eine große Kiste mit sich, in der er verschiedene Gegenstände aufbewahrte. Er ging von Haus zu Haus und bot die Gegenstände an. Die Leute, die er traf, waren meistens Frauen, die in den Häusern arbeiteten. Sie schauten sich die Gegenstände an und fragten nach dem Preis. Der Händler sagte, dass er die Gegenstände für einen bestimmten Preis verkaufen würde. Die Leute, die er traf, waren meistens bereit, den Preis zu zahlen. Der Händler sagte, dass er die Gegenstände für einen bestimmten Preis verkaufen würde. Die Leute, die er traf, waren meistens bereit, den Preis zu zahlen.

it durch eine stille Straße,
agen mir entgegen. Ein
Über der da läßt mit den E

und nachdrücklich zu betonen: Ein paar größere Fledermäuse fliegen bevor, das es ausreicht, als solche an der Gestalt die Tiere nicht, nicht, als seien sie die bewegte Kraft. Doch, nein, das Bild ist auch nicht recht. Denn es gebrückt wie die kleinen dünnen Steppel ist auch in der Mischung, ein braunroter Kasten mit Schweiß zu hoher Höhe, verläuft, rüßig, geflügelten jedes Teil davon. Räder, Winde, Gas und Erde. — Und warum stört traurig, müde, verführte Vorzüge, die einst wie gewesen sein mögen, jetzt bei in gebrauchter Tönung dachungen. Ganz geküßten ist der Wogen. Wut ist dumpf, es darin tief, müßig, wie der Kistenlauf, dumpf, wie eingekieselte Arbeit. . .

Warum wohl dieser dünne Wogen sich dünne Gedanken erschöpf? — Warum wohl? — Nun, der scheint sich selbst einer einfließen Rollen Bedacht, der

Stadtkonzer in Heidelberg fand desglei

Im starkem Beifall aufgenommenen Aufführung von
Liebesgeschicks „Christofel“ stellt, das Tri-
umf des Stadttheater hat G. Triebens neues Werk „E-
bend in einer Eifersel-Epinstube“ er-
halten, das am 22. Januar uraufgeführt wurde. Das
Stadttheater Freiburg i. Br. brachte des jungen
Leinrich religiöse Tanszene „Der Tänger in
einer lieben Frau“, demfalls zur Urnähm-
ung die Wuff zu diesem Werk hat Bruno Etkame
beschrieben. Es wird ferner an den Stadttheater
München und Krefeld aufgeführt. Das Tri-
umf Stadttheater bringt als nächste Neueinführung Re-
isemantels „Wächter unter dem Gal-
en“. Rudolf Frank's „Der Adernmann
schönen“ wurde nach erfolgreicher Aufführung an
Stadttheater Mainz vom Stadttheater Münden
aufführung erworben.

Gellet zusammen eng und fest, denn ihr habt ein und dasselbe Ziel, und dies Ziel ist die ganze und volle Realisirung der freiwillig gewolltesten Religionsfreiheit und der zugehörigen politischen, bürgerlichen, Weidlichkeit der Aemission in ihrem ganzen Umfang ohne Gefährde und Ginn. halt.

Die Kirche steht stiegreicher, gescheiter, fester, als je seit Jahrtausenden gestanden; die ihr angehören, haben auch alle Bande hindurch sich erlähnt und aneinander angegeschlossen; die Herzen heben der Höhe und Pflichten des gescheiterten Prinzipis mit umso größerer Begeisterung sich angenommen, je mehr sie es in der äußeren Ordnung verdrängt gesehen. Mit dem aber, was von einer großen, selbstgründete Macht unbeschreiblich steht, muß man sich vertragen, will man in Würden, fruchtlosen Versuchen sich nicht geschehen.

„Nun verabschiedet das Gefährt schwanzend schon im Nebel, königliches Oberlandesgericht! — Noch immer sich! Ich und seine Kam' noch, dem Bogen und — auch dem verabschieden königliches Gericht, und leif! stiehlt sich aus meinen Lippen pflegend eine Melodie, unwillkürlich mit untermischen Schwingeln im ganzen Ton: Lang, lang H's her . . .“

—

